

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinstmögliche Seite 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Seite 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

N 75.

57. Jahrgang.

Sonntag, den 3. April

1910.

Bezirkstag

findet **Donnerstag, den 14. April a. e. von nachmittags 1/6 Uhr an** im Hotel „**Erzgebirgischen Hof**“ in **Aue** statt. Die Verhandlungen sind öffentlich. **Schwarzenberg, den 31. März 1910.**

Die königliche Amtshauptmannschaft.

Die königliche Amtshauptmannschaft hat genehmigt, daß die Vertretung des Bürgermeisters während dessen Behinderung abgesehen von dem als Stellvertreter bestellten Herrn **Stadtrat Kommerzienrat Eugen Dörffel** auch durch

Herrn Stadtrat Alfred Konstantin Reichssner

ausgeübt wird. Dieser ist heute als Vertreter **verpflichtet** worden. **Stadtrat Eibenstock, den 31. März 1910.**

Hesse.

M.

Nr. 30 des I. Nachtrages zur Schankstättenverbotsliste ist zu streichen. **Stadtrat Eibenstock.**

Die **Landesbrandversicherungsbeiträge auf 1. Termin 1910** — 1. April — sind nach **einem Pfennig** für die Einheit bei der **Gebäude-** und nach **ein und einem**

halben Pfennig für die Einheit bei der **freiwilligen** Versicherungsabteilung nebst den fälligen Stückbeiträgen innerhalb **acht Tagen** bei Vermeidung der Zwangsvollstreckung anher zu bezahlen.

Ortssteuereinnahme Schönheide.

Schulaufnahme in Schönheide.

- 1. Volksschule:**
Montag, den 4. April: 2 Uhr: Schulhaus I. 3 Uhr: Schulhaus II.
- 2. Allgemeine Fortbildungsschule:**
Dienstag, den 5. April, abends 1/2 7 Uhr im Turnsaal: **Knaben.**
Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr: **Rähklasse** für Mädchen Nr. 26.
- 3. Gewerbliche Fortbildungsschule:**
Dienstag, den 5. April, vorm. 10 Uhr: **kaufmännische** Abteilung.
Donnerstag, den 7. April, abends 7 Uhr: **gewerbliche**.
Das **Entlassungszugnis** und das **Zensurbuch** sind vorzulegen.
Schönheide, den 30. März 1910.

Die **Schuldirektion.**

Der Kampf gegen das Oberhaus.

In England wird es jetzt ernst, das Kabinett kämpft um seine Existenz, die Frage der Oberhausreform wird den Prüffstein abgeben, ob das Kabinett sich noch länger halten kann oder im Ortus verschwinden muß. Sofort in der ersten Sitzung nach den Osterferien begann die Beratung der Resolutionen über das Oberhaus, und Herr Asquith selbst eröffnete den Reigen mit einer großen Programmrede gegen das Oberhaus. In der Vorlage verlangt er Verringerung der Mitgliederzahl und Zugehörigkeit nicht auf Grund der Erblässigkeit, sondern auf demokratischer Grundlage. Das Oberhaus müsse eine Körperschaft sein, welche den Willen der Nation repräsentiert und von diesem abhängig wäre. Vor allem müßten die Uebergriffe seitens des Oberhauses in die Finanzverwaltung verhindert werden. Die Gegenvorschläge Roseberys würden das Haus der Lords zu einer autonomen Körperschaft ohne Kontrolle machen, da sogar das Vetorecht der Krone dadurch beschnitten würde. Das ceterum censeo der Ausführungen des Premierministers ging dahin, daß die Vorschläge der Regierung den ersten Schritt bildeten zu einer Emanzipation des Unterhauses. Gleich nach dem Ministerpräsidenten kam der Führer der Opposition, der frühere Kabinettschef Balfour, der natürlich nur Worte des Spottes über die Absichten der Regierung hatte und der Regierung vorwarf, daß sie in ihren Hauptelementen revolutionär sei und nannte sogar das ganze Programm der Regierung grotesk. Voll Bedeutung war dagegen die Erklärung des irischen Führers Redmond. Er erklärte, daß seine Partei die Regierung in dieser Frage bereitwillig unterstütze. Weiter machte er Herrn Asquith scharf, indem er ihn dazu aufforderte, falls das Oberhaus, wie zu erwarten, die Resolutionen über die Reform der ersten Kammer ablehnen würde, unverzüglich an die Wähler abermals zu appellieren, wobei er sicherlich die Unterstützung des ganzen Landes finden würde. Auch der Redner der Arbeiterpartei Barnes erklärte, die Regierung unterstützen zu wollen, obwohl deren Vorschläge kein ausreichendes Mittel seien. Allem Anschein nach ist dem Kabinett Asquith in der Frage der Oberhausreform eine Mehrheit ziemlich sicher, gleichwohl aber hat die Regierung keinerlei Anlaß, gar so zuversichtlich in die Zukunft zu blicken, denn ihr drohen noch mancherlei Gefahren. Der Kampf gegen das Oberhaus wird sich monatelang hinziehen und über das Wort der Lords kann man in keiner Weise im Zweifel sein. Es wird tatsächlich dem Kabinett schließlich nichts anderes übrig bleiben, als nochmals das Parlament aufzulösen, und Neuwahlen auszusprechen, deren Resultat sich aber keineswegs übersehen läßt. Gewiß ist die Frage einer Reform des Oberhauses in der Bevölkerung ziemlich populär, man hat aber bereits beim jüngsten Wahlkampf gesehen, wie trefflich die Opposition versteht, ganz andere Fragen in den Vordergrund zu rücken und dadurch die Wähler für sich gefangen zu nehmen. Der Wahlkampf würde sicherlich noch schärfer sein als der letzte, und derartige innere Erregungen sind für ein Staatswesen niemals von Vorteil, sie sind nur zu geeignet, die Betätigung nach außen zu lähmen. Die lange Periode innerer Wirren kann der englischen Großmachtstellung leicht gefährlich werden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser trifft am heutigen Sonnabend in Begleitung seiner hohen Gemahlin und der Prinzessin Viktoria Luise zu längerem Aufenthalt in Homburg v. d. H. ein. Von Homburg wird sich das Kaiserpaar später nach Urville begeben. Von dort geht es dann nach Wiesbaden zu den Festspielen. Die Rückkehr nach Berlin wird voraussichtlich Mitte Mai erfolgen.

Briefe des deutschen Kronprinzen. Ein sonderbarer Prozeß spielt augenblicklich in New York. Graf Hans Ferdinand von Hochberg, ein Sohn des Berliner Generalintendanten und Jugendgepöple des Kronprinzen, war nach seiner Verheiratung mit einer jungen kaufmännischen Angestellten aus Berlin nach New York ausgewandert, und dort von einem bekannten Finanzmann Roach Barnes adoptiert worden. Dieser Barnes soll Veruntreuungen bei einer mit deutschem Kapital unternommenen Gründung begangen haben und drohte nun, als man gerichtlich gegen ihn vorging, mit der Veröffentlichung von Briefen, die der deutsche Kronprinz an den Grafen Hochberg gerichtet hatte. Barnes behauptet, der junge Graf hätte ihm die Briefe „für einen Dollar und andere wertvolle Vergütung“ überlassen, während Hochberg behauptet, er habe die Briefe dem „Gründer“ nur zur Durchsicht geliehen und hätte sie dann nicht wieder zurückhalten können. Der Prozeß ist trotzdem anhängig gemacht worden und am Donnerstag verlas der Anwalt des Barnes einige Briefe des Kronprinzen. Die bisher verlesenen Briefe haben einen rein privaten Charakter, der sich nicht im mindesten gegen den Kronprinzen ausnützen läßt. Einen politischen Beiklang hat lediglich folgende Stelle eines Briefes vom 11. Januar 1907: „Ich beschäftige mich jetzt viel mit Reden halten. Neulich habe ich einen Tag bei Bülow zugebracht. Papa ist jetzt immer sehr freundlich zu mir. Wir sind einander beträchtlich näher gekommen. Vor einigen Tagen sprach er längere Zeit mit mir über Politik, wofür ich sehr dankbar bin. Mir ist es wie einem Seemann, dem niemals gestattet wurde, ein Schiff zu führen, der aber zu jeder Zeit aufgefördert werden kann, den Steuermann zu ersetzen. Leb wohl, lieber Junge, bleibe ein Deutscher und werde nicht so ein alter Yankee-Geschäftsmann. Dein Caesar.“ — Allerdinge bleibt nun noch die Frage offen, ob und wie viel von diesen Briefen echt ist.

Zur Richtigstellung. Aus Berlin, 1. April, wird geschrieben: „Echo de Paris“ und „Daily Telegraph“ meldeten, daß das deutsche Kanonenboot „Sperber“ in Kap Palmas (Republik Liberia) versetzt habe, Truppen zu landen. Daraus haben es von den liberianischen Behörden den Befehl erhalten, dies zu unterlassen und sich innerhalb 36 Stunden aus den liberianischen Gewässern zu entfernen. Das Kanonenboot sei auch diesem Befehle nachgekommen. Der dieser unzutreffenden Meldung zugrunde liegende Tatbestand ist folgender: Am 19. Februar d. J. erhielt das Kanonenboot „Sperber“, auf der Rückreise nach Duala begriffen, in Lome ein Telegramm von deutschen Firmen in Kap Palmas, welches ihn dorthin zum Schutze der Europäer gegen ausländische

Eingeborene zu kommen bat. Am 23. Februar traf das Kanonenboot in Kap Palmas ein, wo auch das liberianische Regierungsschiff „Lark“ vor Anker lag. Da der Führer der liberianischen Regierungstruppen, General Padmore, sich außerstande erklärte, das Kap Palmas gegenüberliegende Flußufer von den dort befindlichen aufständischen Eingeborenen zu säubern, erbot sich der Kommandant des „Sperber“, dies zu tun, falls der liberianische General sich die Lösung der Aufgabe nicht zutraue. Dieses Anerbieten wurde, nachdem ein Kriegsrat abgehalten worden war, am nächsten Tage höflich und mit Dank abgelehnt. Die liberianischen Truppen eröffneten, um ihren guten Willen zu zeigen, ein halbständiges langsames Feuer, auf das jenseits des Flußes gelegene Dorf, welches von den Aufständischen ebenso erwidert wurde. Eine Störung in der üblichen Tätigkeit der Bewohner von Kap Palmas fand durch das wechselseitige Schießen nicht statt. Da aus der ganzen Art des „Aufstandes“ klar hervorging, daß es sich um eine mehr tomische als ernsthafte Sache handelte, die aufständischen Eingeborenen sich auch sofort bei der Ankunft des „Sperber“ von dem Kap Palmas gegenüberliegenden Ufer zurückzogen, keinerlei Gefahr für Eigentum und Leben bisher entstanden und ein ernsthafter Angriff auf den Ort Kap Palmas ausgeschlossen war, solange der liberianische Regierungsdampfer im Hafen lag, ging das Kanonenboot am Tage nach seiner Ankunft wieder in See, um seine planmäßige Reise fortzusetzen. Eine Aufforderung zum Verlassen des Hafens hat der „Sperber“ selbstverständlich nicht erhalten.

Eine weitere Einschränkung des Waffentragens soll durch Regelung auf reichsgefehltem Wege angestrebt werden.

Einstellung von Münzprägungen. Wie die „Inf.“ erfährt, hat man seit längerer Zeit bereits die Neuprägung von 5 Mark-Stücken auf der königlichen Münze eingestellt, da der vorhandene Bedarf an solchen Münzen hinreichend gedeckt, das 3 Mark-Stück wesentlich beliebter ist und im Verkehr bevorzugt wird. Bis Ende vorigen Jahres waren über 253 Millionen 5 Mark-Stücke im Verkehr. Ebenso prägt man seit längerer Zeit keine 2 Mark-Stücke mehr, da die vorhandene Menge (bis Ende 1909 über 301 Millionen) gleichfalls als genügend angesehen wird und im allgemeinen keine Nachfrage nach dieser Münze herrscht. Besonders in Norddeutschland wird das 3 Mark-Stück als Nachfolger des beliebten Talers derart bevorzugt, daß sowohl 5 wie 2 Mark-Stücke hiergegen zurücktreten. In Süddeutschland dagegen erfreut sich das 2 Mark-Stück einer gewissen Beliebtheit, da es an das Guldenstück erinnert. Selbstverständlich bedeutet die Einstellung der Prägungen dieser Münzen nicht etwa eine Auserkürzung derselben. Als dritte Münze, die seit Mai 1909 nicht mehr geprägt wird, ist das 50 Pfennig-Stück zu nennen, von denen ca. 157 Millionen im Umlauf sind. Eine Weiterprägung dieser Münze ist bis jetzt nicht vorgesehen. Was das neue 25 Pfennig-Stück anbetrifft, so war die Ausprägung von 2 1/2 Millionen dieser Münzen bis zum 1. April d. J. vorgesehen. Da im ganzen 5 Millionen geprägt werden sollen, so sind bis 1. April 1911 weitere 2 1/2 Millionen herzustellen. Nach Ausprägung dieser gefeßlich vorgesehenen Zahl wird man sich darüber schlüssig machen, ob die Münze,